



Der Bürgermeister

**Öffentliche
Beschlussvorlage
082/2010**

Dezernat II, gez. Backes

Federführung:
60 - Planung, Bauordnung, Verkehr
Produkt:
60.01 Stadtplanung

Datum:
08.03.2010

Beratungsfolge:	Sitzungsdatum:	
Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen	17.03.2010	Entscheidung

**Energiekonzept Industrie- und GewerbePark Flamschen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne**

Beschlussvorschlag Bündnis 90/Grüne:

Es wird beschlossen, dass die Verwaltung für den Industrie- und GewerbePark Flamschen ein Energiekonzept entsprechend des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Grüne entwickelt.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Es wird beschlossen, dass die Verwaltung nach Erstellung der Clusterstudie prüft, ob für den Industrie- und GewerbePark Flamschen die Erarbeitung eines Energiekonzept sinnvoll ist.

Sachverhalt:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Grüne wird vorgelegt gemäß § 3 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Coesfeld und ist der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Nachnutzung der ehemaligen Kaserne sieht vor, den Industrie- und GewerbePark Flamschen (GIPF) überwiegend als Industriegebiet gemäß Baunutzungsverordnung zu entwickeln. Dies ist bereits in den rechtskräftigen Bebauungsplänen 120/1 und 120/2 mit überwiegender Nachnutzung militärischer Technikgebäude (Fa. Krampe/ehem. Drohnenbereich) verankert worden. Die bauleitplanerisch noch in der Vorbereitung befindlichen Bereiche 120/3 bis 5 bieten - nach Rückbau der Schießanlage - überwiegend unbebaute Industriegebietsflächen unterschiedlichster Größen an.

Über eine Vermarktungsstudie soll geprüft werden, welche Branchen und Cluster in der Region, unter den positiven Ansiedlungsvoraussetzungen eines Industriegebietes weit ab von immissionsempfindlichen Wohnsiedlungsbereichen, Potenzial für Ansiedlungen bieten. Als Ergebnis dieser Studie könnte stehen, dass die Stadt das Gebiet bestimmte Branchen bewerben will und im Umkehrschluss ggf. die Ansiedlung bestimmter Branchen zur Clusterbildung oder aus Imagegründen ablehnen würde.

Zurzeit ist jedoch weder für den ehemaligen Drohnenbereiches, für dessen Hallen es verschiedenste Interessenten aus dem verarbeitenden und produzierenden Gewerbe gibt, noch

in den übrigen Ansiedlungsflächen absehbar, welche Energie- und Wärmebedarfe zukünftiger Betriebe nach vollständiger Vermarktung der Bauflächen bestehen.

Ein konkretes Energiekonzept GIP Flamschen könnte zurzeit nur theoretisch Nachfolgendes unter unterschiedlichen Zielstellungen aufzeigen:

- a) Freiwillig: Es werden Hinweise zur freiwilligen Umsetzung von Energieeinsparpotenzialen über die gesetzlichen Rahmenvorgaben hinaus aufgezeigt. Es würde mehr Sinn machen, während der Vermarktung in den nächsten Jahren Beratung anzubieten. Geeigneter Partner wäre z.B. die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Coesfeld.
- b) Freiwillig: Alternativ strebt die Stadt an, den GIPF als „Energiesparsames Industriegebiet“ zu entwickeln und zu vermarkten. Dabei würden den Firmen auf Grundlage eines Energiekonzeptes bewusst enge einzuhaltende Ziele für den Energieverbrauch als „Eintrittskarte“ in das Industriegebiet vorgegeben. Kostenträger wäre die Stadt bzw. Stadtentwicklungsgesellschaft. Eine solche Zielstellung ist aus Sicht der Verwaltung in dieser Region nicht marktgängig. (Beispiel eines solchen Gewerbegebietes sind laut Recherche jedoch kaum zu finden: Ökologische Gewerbesiedlung Kürten / Rheinisch-Bergischer Kreis). Sie würde die Vermarktung eher behindern.
- c) Restriktiv: Vorgaben eines Energiekonzeptes wie z.B. ein Fernwärmeanschlusszwang sind aus Sicht der Verwaltung vermarktungshemmend und technisch durch die Stadt angesichts des Risikos nicht vorhersehbarer Bedarfe nicht umsetzbar.

Andererseits hat die Stadt die geplante Biogasanlage als private Initiative zum Thema Energieeinsparung und Nutzung erneuerbarer Energien gezielt in den Bereich Industriepark gelenkt. Zurzeit finden Gespräche statt, wie die Betreiber der Biogasanlage nicht nur die Firma Krampe ganzjährig mit Wärme für den Produktionsprozess versorgen können, sondern wie auch die Versorgung weiterer Betriebe im Kasernengelände vor allem im ehemaligen Drohnenbereich erfolgen kann. Hier kann ggf. auf das noch bestehende Fernwärmenetz aus der Militärischen Nutzung zurückgegriffen werden. Privatwirtschaftlich wird hier ohne Risiko der Kommune oder ihrer städtischen Gesellschaften auf den Bedarf reagiert.

Angesichts steigender Energiepreise und immer strengerer gesetzlicher Vorgaben bietet die Energieeffizienz für nahezu jedes Unternehmen die Möglichkeit, Herstellungskosten zu reduzieren und somit die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die EnergieAgentur.NRW zum Beispiel unterstützt Unternehmen beim Finden dieser Einsparpotentiale sowie bei der wirtschaftlichen Erschließung. Bereits heute ist es möglich, durch gesteigerte Effizienz den Primärenergieverbrauch bundesweit um gut ein Drittel zu senken. Dazu müssen lediglich die technischen Möglichkeiten – zum Beispiel die Wärmerückgewinnung – konsequent genutzt werden.

Die Verwaltung schlägt vor, die Erarbeitung eines Energiekonzeptes erneut zu prüfen, wenn sich aus der Clusterstudie konkrete Hinweise auf die zu erwartenden Anforderungen der Betriebe und daraus abzuleitende energetische Bedarfe ergeben. Dann würde eine weitergehende Beratung durch die Energieagentur NRW Sinn machen.

Anlagen:

Antrag Bündnis 90/Grüne